

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 J., jährlich 1.50 J.
prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 J., jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeckstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegraphische Adresse: Volksblatt Halle

Nr. 206

Halle a. S., Sonnabend, den 3. September 1898.

9. Jahrg.

Die Reform des preussischen Landtagswahlrechts.

Die auf dem linken Flügel der nationalliberalen Partei stehende Rationalzeitung bepricht gestern an sei-er Stelle die Notwendigkeit einer Reform des Wahlrechts für das preussische Abgeordnetenhaus. Das Blatt ist zu der richtigen Erkenntnis gekommen, daß die Verhinderung einer konservativen Mehrheit im künftigen Abgeordnetenhaus zur Zeit die wichtigste Aufgabe des inneren preussischen Staatslebens ist. Die Uebermacht der Oligarchie aber beruht gerade auf dem geltenden Landtagswahlrecht, von dem die Rationalzeitung mit vollem Rechte sagt, daß es „an Weisheit und Ungerechtigkeit kein Seitenstück in Europa“ habe. Diese Reform könne nicht auf kleine Verbesserungen beschränkt werden, sondern müsse an Haupt und Gliedern vorgenommen werden, wenn es dem Liberalismus ernst mit einem umfassenden Angriff auf die konervative Politik sei. Dazu müsse er freilich mit jeder rühmlichsteigen Tatkraft drücken und die Reform des Wahlrechts an die Spitze seines Programms stellen.

Die Rationalzeitung zählt als Sünden der konservativen Mehrheit des Landtages die ganz mechanische Verwendung der gegenwärtig reichen Staatsmittel im Schulwesen, die Unterjochung aller reaktionären Kräfte, die Verhinderung jeder Verbesserung des Wahlrechts und rücksichtslose Förderung der agrar-demagogischen Agitation auf. Die Uile dieser Sünden ist zwar nicht vollständig, aber sie rückt die der industriellen und kaufmännischen Bourgeoisie und ihrer gebildeten Presse bedeutendste Seite der konservativen Vorherrschaft ins Licht. Das geltende Landtagswahlrecht hat nach der Rationalzeitung hauptsächlich die üble Seite, daß es für 85 Proz. der Bevölkerung, die zur dritten Wählerklasse gehören, ein allgemeines und gleiches Wahlrecht schafft, bei dem die höheren Mittelsklassen in der Masse untergehen. Die dritte Wählerklasse hat zudem gar keinen Einfluß: „Die 85 Proz. können durch die 15 Proz. der ersten und zweiten Wählerklasse, und zwar oft in einem Verhältniß, das noch unergieblicher unergiebter ist, als das von 15 zu 85 um jeden Einfluß getrachtet werden.“ Das ist von demokratischer Seite oft genug gesagt worden; immerhin bleibt es erfreulich, daß die Rationalzeitung zu dieser Erkenntnis vorgebrungen ist.

Wie sieht nun ihre Wahlreform aus? Von der Einführung des Reichstagswahlrechts will sie nichts wissen: „Rein gemäßigter Politiker wird die Einführung d.s Reichstagswahlrechts in Preußen empfehlen; es besteht im Reich ja Recht und soll nicht angefaßt werden, aber seine Mängel sind zu groß, als daß wir den Kreis seiner Wirkungen erweitern wollten.“ Das Ideal der Rationalzeitung scheint eine Art Paritätswahlrecht zu sein, wie es Belgien hat, das die parlamentarische Vorherrschaft der Bourgeoisie mechanisch sichert. Sie überzieht, daß alle diese ausgleichlichen Systeme Übergangsformen zum allgemeinen gleichem Wahlrecht bilden, dessen Einführung in Belgien und auch in Oesterreich doch nur eine Frage der Zeit ist.

Die Rationalzeitung unterläßt es, ihr Paritätssystem näher zu zeichnen, sie sagt es in der unbestimmten Forderung einer „Abmilderung des Wahlrechts“ zusammen, die dem mittleren Bürgerum hauptsächlich zu gute kommen soll. Ihre ferneren Vorschläge gehen auf die Einführung der gemeinsamen Abstammung, auf die Beibehaltung des bisherigen zur Schilane gewordenen Wahrsystems bei der Wahlziehung der Wähler und auf eine Restreueitung der Wahlrechte, die in den vierzig Jahren, seit die letzte erfolgte, zu einer schrecklichen Ungerechtigkeit geworden ist. Dies Programm mag einem Nationalliberalen als der Gipfel des Radikalismus erscheinen, es würde aber selbst wenn es die Nationalliberalen annehmen sollten, woran nicht zu denken ist, nicht im Stande sein, den Indifferentismus der Wählermassen bei den Landtagswahlen zu überwinden. Mit so unzulänglichen Halbesheiten bringt man keine große Bewegung gegen das Junkerwahlrecht zu Stande. Das vermag nur die Sozialdemokratie, wenn sie die Mühseligkeit und Unklarheiten überwinden haben wird, die ihrem Eintreten in die Agitation für die Landtagswahlen bisher hier und da angehängt haben. Vielleicht bringt hier der Sonntag Parteitag Besserung. Schade nur, daß die Parteilicheit ihn nicht zu einem früheren Termin, etwa zu Anfang dieses Monats, einzuuberufen sich entschlossen hat.

Sagergeschichten.

Die Abstraktionskonferenz soll angeblich in Petersburg aufgenommen. Die Deutschnation haben nach Mitteilung eines römischen Blattes den Baron erwidert, daß sie die Idee der Abstraktion rücksichtslos annehmen. England will auf die russischen Vorschläge erst nach Rückkehr Salisbury's, der zur Zeit am Besten weiß, antworten. Unzweifelhaft werde Salisbury, so schreibt ein Londoner Blatt, die

berichtigte Zustimmung geben. Lord Salisbury habe 1891 für das Kabinett eine vertrauliche Aufstellung der Kosten des Militärsystems für Europa machen lassen und sie dann dem deutschen Kaiser mitgeteilt, auf den sie einen solchen Eindruck gemacht habe, daß er in Privatgesprächen die Absicht der Verletzung eines europäischen Kongresses zur Erwägung praktischer Maßregeln für die Sicherstellung des Friedens kund gab. Zunächst sei die halbamtliche deutsche Presse entsprechend unrichtig worden, der Plan habe aber eine sehr ungünstige Aufnahme in Frankreich gefunden.

Wem glaubt man denn mit der „herlichen Zustimmung“, der „rücksichtslosen Anerkennung“ und mit allen den anderen Fabeln Sand in die Augen streuen zu können? Es gehört die unabweisliche Glaubwürdigkeit eines Bertha Suinor oder anderer bürgerlichen Friedensfreunde dazu, den Vorschlag des Baron als den Beginn zu der Abstraktion aufzulassen. Die Konferenz wird zusammentreten, aber die diplomatischen Argumente werden sich, während sie scheinbar ernsthaft die Abstraktionsfrage erörtern, heimlich anlassen, und nach der Konferenz wird alles bleiben wie es war: die Wölfer werden zur Erhaltung des Militarismus noch mehr blumen müssen wie bisher, und der Korporation wird sich weiter ins bürgerliche Leben einschleichen. Vollat tout!

Die Zionisten halten ihren diesjährigen Kongress gegenwärtig in Basel ab. Die Bewegung, der als Ziel die Gründung eines jüdischen Nationalstaats in Palästina vorschwebt, hat im letzten Jahre offenbar große Fortschritte gemacht. Der Kongress umfaßt eine große Anzahl von Teilnehmern, und die Konferenzverhältnisse sind vorzüglich. Trotz ihrer äußeren Erfolge ist der Zionismus zu unklar und unübersichtlich geblieben, wie bisher. Der Hauptgegenstand der diesjährigen Tagung war die Gründung einer jüdischen Kolonialbank. Ein Aktienkapital von 40 Millionen Mark soll zusammengebracht werden, die Höhe der einzelnen Akte ist nach englischen Mäßen auf 20 Mark bemessen. Bei der Beratung der Bankgründung kam es zwischen den verschiedenen Richtungen im Zionismus zu einem Zusammenstoß. Es giebt auch eine sozialistische Gefahr darunter, die die Idee einer Bank auf Aktien mit aller Entschiedenheit bekämpft. Ein Dr. Frahmlein aus Zürich meinte, daß die Aktien in die Hände von Millionären und Spekulantengruppen geraten und die Bank selber dem Einfluß des Großkapitals verfallen würde, da die kleinen Anteile und Aktienhaber eine Spezialverwaltung nicht beschaffen könnten. Ein russischer Student wünschte das Genossenschaftssystem in der Bank und bei der Kolonisation veranschlagt. Die Majorität rief ihm „Sozialdemokrat“ zu und beschloß die Bankgründung. Der Führer der Bewegung, Dr. Herzl, dem die Mehrheit blindlings folgt, will einen modernen, kapitalistischen Staat in Palästina gründen. Aus dem Esdorado der kapitalistischen Ueberwindung in Rußland und Galizien will er die jüdischen Proletarier in das Esdorado der kapitalistischen Ueberwindung in Palästina führen.

Was sich Kriegervereine bieten lassen müssen.

Der Amtsvorsteher von Gühren, (Kreis Steinau a. O.), Baron von Wechsbar ist gleichzeitig Vorsitzender des dortigen Kriegervereins. Nach der letzten Reichstagswahl ließ Baron von Wechsbar durch den Amtsdiener Krumm den Bauerquäblicher Gölbner und den Lanowitzer Schulze zu sich bestellen. Gölbner wurde gefragt: „Wen haben Sie gewählt?“ Ueber die unvermutete Frage verblüfft, antwortete Gölbner: „Ich war Mitglied des Wahlloortandes und habe als solches pflichtgemäß den Herrn Grafen Cammer gewählt. (Ubrigens auch eine recht eigene Auffassung, daß der Wahlloortand die „Richt“ habe, konterwar zu wählen.) Der Amtsvorsteher beliebte diese Auskunft für unannehmlich zu halten, und erst nachdem Gölbner seine Angabe wiederholt bezeugt hatte, entließ ihn der Herr Baron. Dann wurde der Lanowitzer Schulze ergründet, der in aller Ruhe erklärte, er habe für den Reichstagswahlloort (Freistimm) gestimmt. Darauf wurde ihm die väterliche Ermahnung zu teil: „Wie können Sie den einen Freistimmigen wählen! Wissen Sie denn nicht, daß die noch schlechter sind als die Sozialdemokraten? Sie sollen aus dem Kriegerverein ausgetrieben werden; wenn Sie mir aber versprechen, nie wieder freistimmig zu wählen, so können Sie noch einmal Mitglied freistimmig.“ Bureben hilft bekanntlich, und so versprach der brave Schulze, nie wieder für den Freistimmigen zu wahlen. Später fand Gölbner die Courage wieder, und als der nächste Appell des Kriegervereins unter Vorsitz des Barons Wechsbar stattfand, übte Lanowitzer nach Erlebigung der Vereinsgeschäfte aus Wort und legte dem anwesenden Kameraden gegenüber scharfe Verwahrung gegen das Vorgehen des Vereinsvorsitzenden ein, das er als schweren Uebergriff in die politische Rechte der Vereinsmitglieder bezeichnete. In der sich daran anschließenden Debatte bestritt der Vorsitzende, daß er als Amtsvorsteher die Pflicht des Gölbner und den Schulze habe vorladen lassen, mußte es aber erleben, daß der Amtsdiener Reumann diese Angabe der bei-

den Vorgesetzten bekräftigte. Da sich der Amtsvorsteher-Vorsitzende durch die Ausführungen Gölbners beleidigt fühlte, so rief er eine Ehrengerichts als Vorstandsmitgliedern zusammen, welches dem Gölbner eine Abbitte auferlegen sollte und diesen Beschluß angeblich auch gelobt hat. Da aber Gölbner diesen Beschluß vor dem Beisitzenden erfuhr, so zeigte er vor der Zustellung des Ehrengerichtspruches dem Amtsvorsteher-Vorsitzenden seinen Austritt aus dem Kriegerverein an.

Kriegerverein und Sozialdemokratie. Aus dem Waldenburger Kreise (Schleffen) wird dem Wort gemeldet, daß der Knappeneverein in Gernsdorf den Kriegerverein zu verlassen gedenkt, weil ihn derselbe sozialdemokratische Tendenzen bezichtigt. Die von Kriegerverein zum Austritt angeforderten Knappenevereiner wollen nur auscheiden, falls sie 90 Proz. der gezahlten Sterbefallentgegenstände zurück erhalten — Da liegt der Hase im Pfeffer. Die Kriegervereine würden lange nicht so stark sein, wenn nicht viele ihrer Mitglieder schon so lange Beiträge zu den Kasernen derselben gezahlt und sich dadurch gewisse Rechte erworben hätten.

Ein neues Vergangnis wird aus dem Bezirke des selbstigen Lebenbesitzer-Vereins gemeldet, der der Forderung der Heranziehung von Delegierten der Bergleute als Assistenten der Grubeninspektoren den zähesten Widerstand entgegensetzt. In der Wittwogendacht arbeiteten auf der Besse „Biktor“ bei Kropf in Wolfen bei Vergangnis im Schacht auf einer freischwebenden Bühne, als sich plötzlich der Anker von Drahtseil löstete, wodurch die Bühne umkippte. Drei Bergleute verschwandem sofort in der Tiefe, des vierte stürzte, da keine Hilfe zur Stelle war, ebenfalls hinab. Alle vier sind tot.

Bei einer ständigen, gewissenhaften Kontrolle müssen sich derartige Unglückfälle vermeiden lassen. Das größte Interesse daran haben die Arbeiter selbst. Darin liegt die beste Begründung ihrer Forderung, sie an der Grubeninspektion mit bestmöglicherm Einfluß teilnehmen zu lassen. Wer in die Berliner Kreise Nachrichten, das Oagan der schließlichen Bergwerksbesitzer, auch dieses Vergangnis als einen Beweis für die angeblich ausreichende Frigidität der Grubeninspektoren reklamierten und wieder die Bezeugung wegen, Delikte der Bergleute als Inspektoren des Bergwerksbetriebes einzufügen, sei nach keiner Richtung gerechtfertigt?

Im Dienste der Barbarei. Die Königlich Preussische Zeitung schreibt:

„Obgleich der Europäer an Zähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen den Schmerz hinter den Angestrichelten wider Volkstum zu zurückfällt, so ist es jedenfalls nicht ausgemacht, daß unter Inzantenerde der Asiaten anstehende Kavalierie nicht zu bezagen im Stande ist. Wenn es auch noch eingehender Beachtung bedarf, um die Wichtigkeit dieser Beobachtungen sicher zu stellen, so ist es jetzt schon erforderlich, nach einem Mittel zu suchen, um die Selbstverletzung zu steigern. In der Kälte zum alten Kaliber und damit noch weiter zu Vergrößerung der Patronenzahl und zur Verkleinerung des Rückstoßes (der allerdings beim Rückstoß aber nicht gemacht werden könnte) kann die Lösung nicht liegen. Man muß versuchen, durch Vergrößerung des Geschossmanges beim Eintritt in den menschlichen Körper die Wirkung zu steigern, ohne aber durch Zerschneidung des Mantels die Schwere der Verwundung unnötig zu erhöhen. Novell: solcher Knappengeschosse“ liegen schon vor.“

Taschensache beweisen! Angeklagter der auf dem Parteitag des Zentrums geforderten Unterjochung der Schule unter die Kirche dürfte es wieder einmal angebracht sein, auf die Leistungen des Ultramontanismus auf dem Schulgebiete hinzuweisen. Da man kürzlich auch die Wiederherstellung des Kirchenstaates verlangt hat, so möge dasjenige als Akt der Barmherzigkeit, was dort unter der unmittelbaren Einwirkung des Papstes an Bildungsarbeit geleistet worden ist. Im Jahre 1868 waren in Rom mit 217378 Enwobnen 29 Kardine, 28 Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe, 1372 Prälaten und Priester, 798 Priesterseminare, 2947 Klöster und 2191 Konnen; überhaupt nur der 30. Teil der Bevölkerung. Aber von hundert Vain konnte nur einer lesen! Unter der Regierung Viktor Emanns wurden im Jahre 1870 im heiligen Rom die ersten sechs Schulen gegründet. Erst hundert Schulen, aber keine Schule hatte das Recht in der einstigen Hauptstadt der Welt gegründet! Nach diesen Angaben wird man sich leicht ein Bild von dem reichen Vorkommen, was ultramontanen Heißspornen als Schulidol voranweht. Je ferner es in den Köpfen der frommen Schäflein ansieht, desto leichter sind sie zu leiten.

Unfälle auf der Marine werden auch Kiel gemeldet.

Die Torpedoboote des auslaufenden Geschwaders erlitten im Sturme starke Beschädigungen. Der germane Proiant ist verborben. Das Panzerschiff Hagen traf am Donnerstag

Insertionsgebühren
betragt für die halbjährliche
Beilage oder deren Raum
15 J., für Wohnungs-
Bereins- und Veranmungs-
anzeigen 10 J.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 J.
Interate für die
Bumner müssen bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7601.

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 205

Halle a. S., Sonnabend, den 3. September 1898.

9. Jahrg.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1897.

Auch in diesem Jahre bemüht sich die arbeiterfeindliche Presse, die Gewerkschaftstätigkeit gegen die Arbeiter zu verwerten und spielen die Verwaltungskosten der Zentralverbände hierbei eine Hauptrolle. So schreibt die Nat.-Lib. Corr. am Schluß eines Artikels, in dem auf die Gefahr hingewiesen wird, welche das Anschwellen der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für das Ausdehntum bringen könnte, wie folgt:

„Einen sehr erheblichen Teil der von den Arbeitern getragenen Beiträge nimmt die Verwaltung in Anspruch. In 'Gehältern' wurden 108 426 M. gezahlt. Dazu treten noch 120 374 M. für 'Verwaltungsmaterial', 60 070 Mark für Konferenzen und Generalversammlungen und 37 244 Mark für die Generalcommission, so daß sich die Verwaltungskosten insgesamt auf über 325 000 M. belaufen, eine Summe, welche ungefähr den dritten Teil der Gesamtausgaben darstellt und die Beschränken der Sozialdemokratie über die angelegte zu hohen Verwaltungskosten bei den sozialpolitischen Institutionen des Reiches in einem eigentümlichen Lichte erscheinen lassen.“

Andere Mütter gehen noch weiter und nehmen noch verschiedene andere Ausgabenposten der Gewerkschaften zu den Verwaltungskosten. Der Zweck dieser Bemühungen ist klar ersichtlich. Man glaubt, durch solche Hinweise die Arbeiter den Gewerkschaften entziehen zu können. Die Arbeiter gehen nun aber nicht zu dem Wertes dieser Blätter, weil deren Abonnementspreis, infolge der hohen Bezahlung, welche die Verleger an dieser zweifelhaften Geistesprodukte erhalten, zu teuer ist.

So viel Unkenntnis kann man selbst bei diesen Mitarbeitern der arbeiterfeindlichen Presse nicht voraussetzen, daß sie nicht wissen sollten, was zu den Verwaltungskosten einer Organisation gehört. Da sie nun bei Ausführung der tatsächlichen hierfür aufgewandten Summe selbst den Nachweis führen würden, daß die Gewerkschaften gegenüber allen anderen Organisationen die billigste Verwaltung haben, so können sie sich kaum schämen, alle möglichen Ausgaben als für Verwaltung gemacht zusammen zu rechnen. Daß unerschrocken wiederholt auf die tatsächliche Verhältnisse aufmerksam gemacht worden ist, berührt die Leute nicht weiter, denn sie rechnen mit ihrem Legehühnchen, und dem können sie schon etwas bieten.

In den Ausgaben für 1891 hatte ein Zeitungsschreiber berechnet, daß ein Drittel der Einnahme der Gewerkschaften für Verwaltung aufginge. Für 1897 hat sich die Ausgabe hierfür nach der vorliegenden, von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Berechnung auf ein Fünftel der Gesamtausgabe reduziert. Immerhin ist, wenn auch schwacher, Fortschritt der geistigen Entwicklung dieser Zeitungsschreiber. Sehr verfehlt aber ist der Hinweis auf die Verwaltungsausgaben der Gewerkschaften im Vergleich zu denen der staatlichen Institutionen. Bei der Statistik für 1895 schreiben wir gegenüber den gleichen Ausstellungen der bürgerlichen Presse wie folgt:

„Die gewerblichen Berufsorganisationen hatten im Jahre 1894 bei 5 243 965 Versicherten 58 233 595 M. Einnahme und eine Ausgabe für Gehälter von 2 817 237 M. Das macht pro Kopf der Versicherten eine Ausgabe von 51 Pf. oder 4.54 Prozent der Einnahme. Die Zentralverbände hatten bei 214 836 Mitgliedern im Jahre 1895 eine Einnahme von 2 745 617 M. und eine Ausgabe für Gehälter von 79 123 M. Das ergibt pro Kopf der Mitglieder 37 Pfennige oder 2.88 Prozent der Einnahme. Trotz dieses

offenkundigen Umfanges wird in bürgerlichen Blättern nach der Statistik berechnet, wie viel von den Beiträgen der Mitglieder der Gewerkschaften von den 'Magistraten' wieder 'verschluckt' worden ist. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiter sich eingehend damit beschäftigen, wie viel von den von den Arbeitern geschaffenen Mitteln von in un'erer Gesellschaft ganz überflüssigen Individuen verschluckt wird.“

Für 1897 stellte sich das Verhältnis für die Berufsorganisationen noch ungünstiger. Die 64 gewerblichen Berufsorganisationen hatten bei 5 666 427 versicherten Arbeitern im Jahre 1896 eine Einnahme von 64 522 466. Die Verwaltungskosten stellten sich auf 5 183 220 M. Davon sind als persönliche Ausgaben zu rechnen:

Verwaltungskosten und Tagelöhner etc. der Gewerkschaften anständige . . .	18 195 M.
der Stationsvorstände . . .	133 861 „
der Beamten . . .	48 528 „
Gehälter der Beamten . . .	2 954 029 „
Summa 3 328 573 M.	

Ob nicht in dem Posten, der in den Verträgen der Berufsorganisationen als „Jahres- und sonstiger Verwaltungsaufwand“ bezeichnet wird und M. 410 262 beträgt, noch persönliche Ausgaben enthalten sind, ist fraglich. Die persönlichen Verwaltungsausgaben nach vorstehender Angabe stellen sich bei den Berufsorganisationen für 1896 auf 58,7 Pf. pro Kopf der Versicherten oder 5,50 Proz. der Einnahme. Die Gewerkschaften hatten 1897 bei 410 864 Mitgliedern M. 108 426 Ausgabe für Gehälter. Das macht pro Kopf der Mitglieder 26,3 Pf. oder 2,65 Proz. der M. 4 033 696 bringenden Einnahme. Die Verwaltung der Berufsorganisationen stellte sich mehr als doppelt so teuer, als die der Gewerkschaften, obgleich diese nur den 14. Teil der bei den Berufsorganisationen Versicherten umfassen. Mit der steigenden Mitgliederzahl verringern sich aber die Ausgaben für die Verwaltung pro Kopf der Mitglieder ganz wesentlich. Wenn man schließlich noch berücksichtigt, daß nach § 25 des Unfallversicherungsgesetzes die Vorstände und Vertrauensmänner der Berufsorganisationen ihr Amt als „unentgeltliches Ehrenamt“ verwalteten sollen, und in Erwägung zieht, daß mancher dieser Ehrenamtsinhaber aus seinem Geschäftsbetrieb eine größere Einnahme alljährlich hat, als die größten Gewerkschaften an Jahreseinnahme zu verzeichnen haben, dann offenbar sich deutlich der Wert des Zentralverbänden der arbeiterfeindlichen Presse.

Von den 51 Zentralverbänden hatten 1897 3 keine Ausgabe für Gehälter, 18 eine Ausgabe von unter M. 1000 und 10 von M. 1—2000. Schon bei dem Ausgabebetrag von 2000 kommen mehrere Personen in Betracht, die entschädigt werden. Fast ausnahmslos steigt das Gehalt der Gewerkschaftsbeamten in den großen Städten nicht über M. 1800 pro Jahr, ein Betrag, den die bürgerlichen Zeitungsschreiber der geschätzten Sorte als Nebeneinnahme betrachten. Dagegen weiß die kleinste Berufsorganisation, die der Schornsteinfegermeister, mit nur 6000 Versicherten schon eine Ausgabe für Gehälter von nicht weniger als M. 8938 für 1896 auf. Man ist angefaßt dieser Tatsachen im Zweifel, was man mehr befürchten soll, die Unkenntnis oder die Unverschämtheit der bürgerlichen Zeitungsschreiber, die den Gewerkschaften etwas an Zunge stecken wollen. (Correspondenzblatt f. d. Gen.-Kom.).

Einer, bei dem es dümmert.

Der in Stuttgart erdennende Elässer, das führende Organ des rechtsliberalen Mittelalters, veröffentlichte eine ihm offenbar von geistlicher Seite zugegangene Betrachtung über die Religionsfeindlichkeit des Sozialismus, der wir die folgenden interreligiösen Stellen entnehmen:

„Am Sozialismus ist man tes Gute, und manch seiner Behauptungen und viele seiner Ziele können wir 'Bourgeois' völlig unterschreiben und billigen. Wenn der Sozialismus zum Beispiel das übermäßige Anschwellen der Reichtümer auf der einen und das bedauerliche Zunehmen des Menschenleids auf der anderen Seite handwahrt; oder wenn er die zahllosen Uebel der Frauenarbeit in der Fabrik mildert, die notwendigerweise zum Untergang der Familie führen muß; oder wenn er mit Entrüstung auf die fäulnisreiche Fäulnis von gewissen Vertretern der 'besseren' Kreise hinweist; oder endlich (die Beispiele ließen sich leicht vermehren), wenn er den Militarismus als ein Grundübel unserer Zeit erklärt, das am Mark der Völker nagt, — können wir da nicht die Ansichten des Sozialismus vollständig teilen? Gewiß; und ebenso könnte man im sozialdemokratischen Programm manchen Punkt finden, den auch wir anerkennen . . .“

„Also ist die Sozialdemokratie nicht, lediglich der große Verhaß der Menschen, sich eine menschliche Gesellschaft ohne Religion zu bauen“, und wir müssen uns hüten, dies so darzustellen. Erstens, weil es nicht wahr ist, und wir vor allem die befeuertesten Verteidiger der Wahrheit sein sollen und wollen; zweitens aber auch, weil diese Handlungsweise nicht klug wäre. Denn der gewöhnliche Mann aus dem Volke, mit seinem klaren und gesunden Verstand, sieht ganz wohl all das Bedenkliche heraus, das der Sozialismus enthält; er wird, ohne vielleicht sich recht klar darüber zu werden, von dem eben und berechtigten Zuge erfasst, welcher eine der mächtigsten Triebfedern des Sozialismus ist, dem Zug nach einem gerechteren, menschlicheren und freundlicheren Dasein für den gedrückten Mann der menschlichen Arbeit. Daß nicht ihm zum Sozialismus hin. Wenn man nun den Sozialismus hinsichtlich als eine lediglich religionsfeindliche Bewegung, so müßte diese folgerichtig von A bis B bekämpft werden. Daran wird der gemeine Mann festig, und vielleicht steigt in ihm der Verdacht auf, der Gegner des Sozialismus wolle ihm betrügen. In diesem Augenblick ist er für uns verloren.“

„Das allerdings will ich gleich und gern zugeben, daß der Sozialismus, wie er heute vorliegt, in vielen Stücken religionsfeindlich ist, aber er ist nicht lediglich religionsfeindlich. Nur deshalb hat diese Anschauung, so rasch und schnell um sich gegriffen, weil sie das alles offen und einhellig ausgesprochen, was unendlich in Millionen von Menschenherzen schimmerte, weil sie dem Fühlen und Wollen der breiten Masse eine Stimme verlieh. Daß dann die Volksbewegung religionsfeindlich wurde, ist allerdings teatrig genau, aber es berechtigt uns nicht, die ganze Bewegung als Religionsfeindlichkeit zu bezeichnen, und als solche zu verdammen und zu bekämpfen . . .“

„Es ist leicht, aber wider genügend noch gerechtfertigt, lediglich ein Gegner des Sozialismus zu sein. Schwerer, aber auch segensreicher ist es, dafür zu sorgen, daß die berechtigten Ziele des Sozialismus (die anderen finden in uns einschließende Gegner) nicht ohne uns oder gar gegen uns, sondern durch uns verwirklicht werden. Und dazu ist vor allem erforderlich, daß wir den Sozialismus genau so erkennen und darstellen, wie er ist: nicht besser, aber auch nicht schlechter.“

Nach dem zum Teil wenig geschmackvollen Ertraben, mit denen man auf dem eben benannten Redner Reichhaltigkeit gegen den Sozialismus lösging, muß dieses Urteil aus geistlichen Munde doppelt beachtenswert erscheinen.

Zum vollständigen Ausverkauf

um Bach für neu eintreffende Herbstwaren zu gewinnen, stelle ich die noch bedeutenden Vorräte meines Sommerlagers. Es bietet sich hierdurch dem verehrten kaufenden Publikum sehr günstige Gelegenheiten zum Einkauf für:

Kattune 100 Meter Meter von 7 Pf.	Waschstoffe Meter 38 Pf.	Hemdentuch Meter 19 Pf.	Handtücher von 4 Pf. und höher.	Bettuch halbfleinen Meter 60 Pf.	Buckskinreste darunter beste Qualitäten Meter 91, 115.
Velour-Flanelle elegante Vorwand. seltene Gewebe, Meter 42 Pf.	Steppdecken — extra groß — M. 3,75.	Teppiche neue Muster von M. 4 an.	Bettzeug bunt und weiß Meter 29 Pf.	Siamosen — für gute Kleider — Meter 32 Pf.	Gardinen weiß und creme Meter von 32 Pf. an

Ich führe nur allerbeste Fabrikate und sehe namentlich auf gute Stoffe, guten Sitz und allerbeste Verarbeitung.

Folgende Partien empfehle besonderer Beachtung:

<p>Damen-Kragen hochfeine, aparte Güter, 30 Proz. unter Preis.</p> <p>Ein Posten extra schwere Buckskin-Hosen 2.65 M. reeller Wert 4.50 M. für</p> <p>Ein Posten hochfeiner solider Hosen 4 M. aus engl. Cheviot, eleg. Dessins, reeller Wert 7 M. für</p> <p>Ein Posten Cheviot-Knaben-Anzüge 1.75 M. für das Alter von 2—4 Jahren</p>	<p>Ein Posten Jünglings-Anzüge 10.25 M. aus starkem reinwoll. Diagonal, reeller Wert 15 M. für</p> <p>Ein Posten Herren-Anzüge 24 M. aus prima reinwollenen Cheviot, reeller Wert 35 M. für</p> <p>Ein Posten Knaben-Anzüge 5.75 M. aus hochf. Bodenst. f. Knaben von 10—12 Jahren, reell. Wert 12 M. für</p>
---	--

Stuhlwaren.
Sämtl. Sommer- und Schühwaren werden in noch nie dagewesener billiger Preisen in allen vorerwähnten Größen abgegeben.

Halle a. S., Leipzigstraße 87. H. ELKAN, Kaufhaus 1. Rang.

